

Der stalinsche Planfetischismus

Autor(en): **Bardach, M.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **50 (1958)**

Heft 2

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-353827>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

GEWERKSCHAFTLICHE RUNDSCHAU

MONATSSCHRIFT DES SCHWEIZERISCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES
ZWEIMONATLICHE BEILAGEN: «BILDUNGSARBEIT» UND «GESETZ UND RECHT»

HEFT 2 - FEBRUAR 1958 - 50. JAHRGANG

Der stalinsche Planfetischismus

Im Kampf gegen den Stalinismus, den die polnische Wissenschaft und Presse im Jahre 1956 auf allen Gebieten begann, haben angesehene Publizisten und Wirtschaftspolitiker die Ursachen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs analysiert, die für die neue politische und wirtschaftliche Entwicklung Polens entscheidend sind. Ihre Erkenntnisse zeigen, wie richtig die Beurteilungen des Auslandes waren, obwohl im Ausland authentisches Material nicht leicht zugänglich ist.

Der jetzige Erziehungsminister *Wladyslaw Bienkowski*, der am 23. Oktober 1956 im «Pszeglad Kulturalny» (Kulturrevue) die Wirtschaftspolitik der im Oktober 1956 ausgeschifften stalinschen Equipe einer marxistischen Kritik unterzog, legte ihr den Beinamen «*Mondwirtschaft*» zu und stellte fest, daß sie von politischen und anderen Konzeptionen diktiert war, die die wirtschaftlichen Realitäten völlig außer acht gelassen haben. Der Aufbau des Sozialismus ist nicht vom wirklichen Stand der Produktivkräfte, der Rohstoffreserven und der menschlichen zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte ausgegangen. Die wirtschaftlichen Notwendigkeiten wurden nicht beachtet. Die Entwicklung der Investitionen wurde durch politische Direktiven entschieden, die die Linie des Sechsjahresplanes bestimmten.

Wenn der Plan in manchen Details Notwendigkeiten entsprochen hat, so war dies nicht den Planern zuzuschreiben. Es war eher das Resultat eines zufälligen Zusammentreffens verschiedener Umstände.

Der Sechsjahresplan war auf den Bau neuer Objekte ausgerichtet. Man hatte das Prinzip ganz außer acht gelassen, das in der ganzen Welt befolgt wird und erprobt wurde: die Ausweitung der Produktion mit der Modernisierung und Umgestaltung bereits bestehender Objekte anzufangen. Dieses Prinzip zeitigt günstige Resultate, erfordert geringe Kosten und bietet große Vorteile auf organisatorischem Gebiet. Der Plan war dagegen auf neue «ganz sozialistische» Objekte ausgerichtet. Daraus entsprang auch die Tendenz zur Errichtung neuer Städte, obwohl Polen nach Ansicht vieler Sachverständiger keinen Bedarf an neuen Städten hat.

Die Eingliederung von Objekten des Sechsjahresplans in das wirtschaftliche Leben vollzieht sich unter großen Schwierigkeiten. Selbst nach vielen Jahren sind ihre Ergebnisse im Verhältnis zu den Geldaufwendungen gering, ihre Produktionskosten disproportioniert, so daß ihre Rentabilität in Frage steht.

Der Mangel an Fonds, die ermöglicht hätten, den Verfall der bestehenden industriellen Unternehmen wie auch der Installationen zu steuern, hatte schwere Folgen. In manchen Branchen und Gegenden sind sie geradezu katastrophal, vor allem in den westlichen und nordwestlichen. Milliarden von Zloty gehen dabei verloren. Ein realer Plan wäre zunächst auf eine Entwicklung der allernotwendigsten Produktion bedacht und vor allem jener Güter, die Polen am leichtesten mit geringen Kosten, mit den am leichtesten zugänglichen Rohstoffen hätte erzeugen können. Für den Bau von Fabriken, Häusern, Büros und Lagerhäusern benötigt man eine genügende Menge von Baumaterialien.

Eine Illustration für die «Mondwirtschaft» ist die Tatsache, die nach Erfüllung des Sechsjahresplanes festgestellt wurde, daß jährlich eine Milliarde Ziegel, daß Zement, Kalk, Dachziegel und Dachpappe fehlen und . . . Nägel.

Ein normal denkender Mensch wird nie verstehen, wie es geschehen konnte, daß große Unternehmen aufgebaut werden konnten, von denen manche nicht lebensnotwendig sind. Es wurden Unternehmen mit vollständig importierten Installationen ausgestattet, die mit importierten Rohstoffen arbeiten. Wie konnte man die Produktion einfacher Ziegel oder Dachziegel vergessen, die keine kostspieligen Investitionen, keine Devisen erfordern. Die Folge davon ist, daß die Bauernhäuser wie vor Jahrhunderten mit Stroh gedeckt sind. Polen fehlt Kalk, der für Industrie und Landwirtschaft unentbehrliche Artikel. An Ersatzstoffe für das immer rarer werdende Holz dachte man nicht. Der katastrophale Mangel an Baustoffen wird sich im gesamten wirtschaftlichen und sozialen Organismus sehr fühlbar machen. Die Verluste, die dadurch im Sechsjahresplan entstanden sind, sind schwer zu errechnen, weil man die laufenden Reparaturen nicht vornehmen kann. Bei einer solchen Wirtschaft ist der Unternehmungssinn und die Sorge um die Lebensbedingungen ganz verlorengegangen. Unbekümmertheit und Gleichgültigkeit traten an ihre Stelle.

Der Bruch mit allen wirtschaftlichen Kriterien im Interesse des stalinschen Dogmatismus, dessen Wert niemand anzuzweifeln wagte, fand seinen vollendetsten Ausdruck in der *Agrarpolitik*. Die strukturelle Umgestaltung des Dorfes wurde als eine organisatorische Maßnahme angesehen, die mit Hilfe polizeilicher und politischer Methoden durchgeführt wurde. Im Widerspruch zum gesunden Menschenverstand glaubten die Organisatoren der Landwirtschaft, daß diese Umgestaltung mit der Vernichtung oder einer Reduktion des

bestehenden Zustandes zu beginnen hätte, um aus dem Nichts zum Aufbau des Sozialismus zu schreiten. Diese Politik mußte zu einem niedrigeren wirtschaftlichen Niveau führen. Die landwirtschaftlichen Abgaben bremsten bewußt den landwirtschaftlichen Produktionsprozeß. Der erhoffte Verzicht auf eine individuelle, zugunsten einer kooperativen Wirtschaft traf nicht zu. Die bäuerliche Wirtschaft wurde ruiniert. Die landwirtschaftlichen Kollektivbetriebe verdienten keinesfalls den Namen sozialistischer Betriebe. Die Partei hatte keine klaren Vorstellungen über die strukturelle Umgestaltung des Dorfes, die sich auf marxistische und wirtschaftliche Kriterien stützen würden.

Ein Kulak oder ein Krautjunker würde mit der Hälfte der Subsidien, die die Staatsgüter erhielten, seinen landwirtschaftlichen Betrieb mit Gewinn führen.

Man kann kein Land, vor allem keines, wo die Landwirtschaft eine bedeutende wirtschaftliche und soziale Rolle spielt, industrialisieren, ohne gleichzeitig die Landwirtschaft zu heben. Der Stillstand oder der Rückgang der Landwirtschaft macht eine Erhöhung des Lebensstandards unmöglich. Es ist viel leichter, eine Fabrik oder selbst einen Wirtschaftszweig aufzubauen als eine verwüstete Landwirtschaft.

All dies hatte zur Folge, daß das Land in einen Zustand der Anarchie geriet. Die verantwortlichen Leiter wußten nicht, was zu tun wäre. Sie nahmen zum Begriff «Stimulation» (Anregung) Zuflucht, die die Wirtschaft desorganisierte und zu Resultaten führte, die den Absichten ihrer Urheber zuwiderliefen. Prämien wurden für eine mangelhafte Produktion, für Vergeudung und schlechte Arbeit ausbezahlt. Das Prämiensystem behinderte die Entwicklung der Produktion auf bestimmten Gebieten und beeinflusste nachteilig Qualität und Gestehungskosten. Es verlangsamte den technischen Fortschritt. Die «Stimulationen» wirkten demoralisierend auf die Haltung der Arbeiter gegenüber der Arbeit. Das Verantwortungsbewußtsein der Arbeiter, Meister und Direktoren für die Qualität der Arbeit erlosch. Dazu kam das oft unsinnige Normensystem. Alte Arbeiter, die ihr berufliches Bewußtsein noch nicht verloren haben, verließen ihren Arbeitsplatz, weil sie für eine so unsolide Arbeit keine Verantwortung tragen wollten. Die äußerst niedrigen, für die Bedürfnisse ungenügenden Löhne zwangen die Arbeiter, illegale Verbindungen zu suchen, ja sogar zum Diebstahl Zuflucht zu nehmen. Die Folgen dieser Demoralisation werden noch Jahre andauern.

Dieses Wirtschaftssystem konnte sich nur deshalb behaupten, weil die Resultate der angewandten Dogmen nicht kontrolliert werden konnten. Eine Vorbedingung für die stalinsche Wirtschaftspolitik war die Geheimtuerie, die das wirtschaftliche Leben umgab und jegliche Kritik oder jeden Kommentar untersagte. Man war verpflichtet, nur die Erfolge hervorzuheben. Negative Erscheinungen

wurden nur dann erwähnt, wenn sie das Prinzip nicht in Frage stellten. Jeder Versuch einer kritischen Prüfung wurde als «imperialistische Diversion» behandelt. Die Wirtschaftswissenschaft wurde liquidiert, den Wirtschaftlern der Mund verstopft.

Der bereits in der Zwischenkriegszeit sich hohen Ansehens erfreuende Professor *Edward Lipinski* hat in seinem am 9. September 1956 in der «Nowa Kultura» (Neue Kultur) erschienenen Artikel «Revisionen» vor allem den Menschen in den Mittelpunkt der Wirtschaft gestellt und ist dort näher auf die Planung der Landwirtschaft eingegangen. Obwohl Lipinski sich nicht zum Sozialismus bekennt, betont er, daß der Sozialismus «weit günstigere Vorbedingungen für nicht materielle, geistige Anreize schafft, als es der Kapitalismus imstande war». Aber nicht nur die Organisation der Produktion ist dafür entscheidend; vor allem ist hierzu eine politische Demokratisierung mit dem Recht auf Kritik und Mitbestimmung erforderlich. Denn die Nationalisierung der Produktionsmittel, selbst wenn sie sich im Rahmen einer richtigen politischen und wirtschaftlichen Organisation abspielt, kann nur eine Vorbedingung für das gestellte Ziel sein. Die wirtschaftliche Dezentralisierung und die Autonomie der einzelnen sozialistischen Unternehmen hängen mit der Frage der politischen Freiheit und dem Charakter der sozialistischen Kultur zusammen. Die Beendigung der Abhängigkeit vom Kapitalismus schafft die Basis für die Unabhängigkeit des Arbeiters.

Durch die Beseitigung des Kapitalismus erlangt die Gemeinschaft die Kontrolle über die Gemeinwirtschaft. Aber diese Kontrolle darf nicht in eine bürokratische über und gegen den Menschen ausarten. Die soziale Kontrolle des Produktionsprozesses erfolgt durch Eingliederung des Individuums in diesen Prozeß.

Die zentrale Planung führt zur Allmacht der Bürokratie und zur politischen Autokratie, weil die Zentralisierung der Wirtschaft zu ihrer Wirksamkeit der Zentralisierung der politischen Kräfte bedarf.

Auch die Uebererfüllung des Plans hat negative Folgen für die Wirtschaft. Sie verursacht Materialvergeudung und Leerlauf. Eine unzureichende Verwirklichung des Plans in einem Wirtschaftszweig stört seine Erfüllung in anderen mit ihm zusammenhängenden Wirtschaftszweigen.

Die festgesetzten Planmengen sind ein Ziel, das erreicht werden muß. *Der Plan und nicht die Produktion wird so zum Ziel der Arbeit.* Obwohl der Plan erfüllt wird, entsteht Mangel an Gütern, weil die gewinnbringenden Artikel in großen Mengen hergestellt werden, in anderen Industriezweigen aber Produktionsschwierigkeiten entstehen. Die Manipulationen zur buchmäßigen Erfüllung des Plans stehen im Gegensatz zur Moral und zu einer gesunden Wirtschaftspolitik.

Eine soziale Wirtschaftsreform hat noch nie mit einem Schlage die frühere Wirtschaftsstruktur beseitigt. Neben den großen kapitalistischen Gebilden gibt es auch kleine Unternehmen. Eine Sozialisierung sämtlicher Produktionsmittel ist für den Aufbau des Sozialismus nicht notwendig. Nur die wichtigsten Wirtschaftszweige und Grundindustrien müssen nationalisiert werden. Die politische Macht muß in der Hand der Werktätigen liegen.

Eine Kollektivwirtschaft, die gut arbeitende Individualwirtschaften verdrängt, große Staatszuschüsse erfordert und weniger Agrarerzeugnisse abliefern, richtet wirtschaftlichen und politischen Schaden an und widerspricht der sozialistischen Idee.

Der Sozialismus wird durch das Bestehen von einer Klasse unabhängiger Bauern nicht gefährdet. Er ist es vielmehr durch eine primitive landwirtschaftliche Produktionsweise, die zu geringen Ergebnissen führt, weil dann die notwendigen Quantitäten von Nahrungsmitteln und landwirtschaftlichen Rohstoffen fehlen.

Der sozialistische Aufbau der Landwirtschaft erfordert ihre Modernisierung und Mechanisierung. Die Rationalisierung ist zwar bei einer Großwirtschaft lohnender. Aber heute können Mechanisierung der Feldbestellung und wissenschaftliche Methoden auch in kleinen bäuerlichen Höfen angewandt werden.

Auch Sowchosen müssen für ihren Betrieb gut ausgerüstet sein, die wissenschaftlichen Ergebnisse angewandt und fachmännisch und korrekt verwaltet werden. Die in diesen Betrieben Arbeitenden müssen hinreichend entlohnt werden. Gegenwärtig sind die Staatsgüter unrentabel und kompromittieren den Sozialismus.

Die Praxis zeigte, daß die Kollektivierung das Interesse des Menschen an der Arbeit und an ihren Ergebnissen verringert. Trotz Anwendung moderner landwirtschaftlicher Geräte, trotz dem Vorhandensein besserer Baulichkeiten und Anwendung neuerer technischer Agrarkenntnisse macht es der «magische Propagandanebel» unmöglich, ein objektives Urteil über die Produktivität zu gewinnen. Es gibt keine wissenschaftliche Analyse dieses Problems. Lipinski hebt sodann hervor, daß es in der sozialistischen Literatur keine Arbeit gibt, die sich mit dem jetzigen Stand der Landwirtschaft und den neuen Entwicklungstendenzen befaßt. Man zehrt noch immer von veralteten Anschauungen.

Die Landwirtschaft ist ein Beispiel dafür, daß eine schlechte Theorie zu einer schlechten Politik führt. Diese Theorie fußte auf dem Prinzip der Vorrangstellung der Politik über die Wirtschaft. Der historische Sinn der sozialistischen Revolution beruht auf der Ueberlegenheit des Sozialismus. Durch die Uebertragung russischer Konzeptionen auf Polen, dessen Situation eine ganz andere als die russische war, infolge der falschen Steuerpolitik, die durch Mißgriffe korrupter Beamter noch verschärft wurde, mußte die Landwirtschaft zusammenbrechen.

Nach diesen eingehenden Analysen der stalinschen Wirtschaftspolitik, die zur Katastrophe der polnischen Wirtschaft führten, sollen hier noch die Feststellungen der beiden Schriftsteller *Albin Kania* und *Ryszard Koniczek*, die in der Zeitschrift «*Po Prostu*» (Ganz einfach) am 10. Juni 1956 abgedruckt wurden, angeführt werden. Der Titel ihres Artikels lautet «Was kostet der Plan?» Zwölfmal in jedem Jahre – die letzten zehn Tage jedes Monats – schreiben die beiden Autoren, werden die metallurgischen und andere Fabriken zur Hölle. Sie müssen das während der ersten zwanzig Tage des Monats nicht erfüllte Plansoll nachholen. Nach einer solchen Erschütterung erholt sich der Organismus der Fabrik sehr langsam. So haben die mechanischen Fabriken «Ursus», die das Plansoll im April 1956 erfüllt haben, ihr Produktionsprogramm weder im Mai, noch im Juni, noch im Juli erfüllt. Die technologischen Zyklen mußten neu beginnen. Die «Kur» der Fabrik nimmt Monate in Anspruch.

67 Prozent der Monatsproduktion sind in der Autofabrik «Zeran» erst in den letzten Tagen ausgeführt worden.

Infolge von Unterbrechungen des Arbeitsprozesses nehmen die Ueberstunden am Ende des Monats zu. Darunter leidet die Qualität der Arbeit. Die Zahl der defekten Stücke wächst, die Ausgaben steigen. Am Anfang des nächsten Monats nehmen die Krankheitsfälle zu.

Die Planerfüllung verschafft vielen Arbeitern ihr Existenzminimum. Die Daten der Planerfüllung sind für viele Arbeiter der Wertmesser ihrer Partei-, Gewerkschafts- und politischen Arbeit. Unter der schlechten Qualität der Rohstoffe, unter Mangel von Ersatzteilen und infolge nicht rechtzeitiger Lieferungen kann der Plan nicht erfüllt werden. Am 20. jeden Monats hört jeglicher Stillstand der Arbeit auf. Der Arbeitstag wird bis zu 16 Stunden verlängert, der Sonntag wird zum Werktag. Die Ruhepausen werden gekürzt. In vielen Fabriken erstirbt das politische Leben. In der bereits oben zitierten Ursusfabrik konnten die Arbeiter am 1. Mai nicht am Umzuge teilnehmen, weil sie ununterbrochen fast 24 Stunden arbeiteten, um das Plansoll für April zu erfüllen. Am Ende des Monats «arbeiten» auch die Direktoren. Sie mobilisieren die Ueberstunden, holen die Arbeiter aus ihren Wohnungen ab, versprechen ihnen, ihre materiellen Probleme zu lösen, drängen sie zu Produktionsverpflichtungen und Verzicht auf die Freizeit.

Jetzt wird der Arbeiter, der in der Fabrik nach achtstündiger Arbeit nicht bleiben will, nicht mehr wie früher aus der Partei ausgeschlossen. Es wird aber immer noch mit alten Methoden und Druckmitteln gearbeitet. Die Gewerkschaften versuchen, die Ueberschreitungen des Achtstundentages durch Druck auf die Fabrikverwaltungen zu verhindern. Am Ende des Monats greift man zur Verdoppelung der Belegschaft, aber selbst mit 4500 Ueberstunden bei

400 Arbeitern konnte der Produktionsplan der «Zispo» (einer Werkzeugfabrik) monatlich nur zu 72 Prozent erfüllt werden.

Der Mangel an Produktionsrhythmus verursacht ein Chaos in der Arbeitsorganisation. Die Gruppen, die über das Monopol der Ueberstunden verfügen, verstehen daraus materielle Vorteile zu ziehen.

Die zentralen Behörden kennen diese Situation, sie kümmern sich aber nur um die Planziffern. Sie verlangen von der Leitung der Unternehmen eine vollständige Mobilisierung der Belegschaft, eine intensivere Entwicklung der Wettbewerbe und stärkere Aktivität von Partei und Gewerkschaften. Nach ihrer Ansicht liegen die Fehler nicht im System der Wirtschaftsleitung, vielmehr sind es die Unternehmen, die die Störungen verursachen, weil sie mit ihren Lieferungen im Rückstand bleiben. So rechtfertigte eine Kommission vor dem Betriebsrat in der Ursusfabrik ihr Verhalten folgendermaßen: Wir wissen, daß es um die nationale Planungskommission nicht am besten steht, aber wir können es den Arbeitern nicht sagen. – Was werden sie dann von unserer Regierung denken? Die beiden Autoren sehen in dieser Politik einen Verstoß gegen den Leninismus, der verlangt, daß die Massen alles wissen und entscheiden sollen.

Für den Mangel eines Produktionsrhythmus können nach Ansicht der beiden Autoren die Unternehmen nicht verantwortlich gemacht werden. Der Mangel an Produktionsrhythmus verschärft sich immer mehr. Die unregelmäßige Produktion verursacht großen Schaden. So erlitt die bereits genannte Zispo-Fabrik in neun Monaten einen Schaden von 5 Millionen Zloty. Die Vergeudung der Fonds demoralisiert die Arbeiter.

Der Mangel an Produktionsrhythmus ist dem Mechanismus der allgemeinen Industrieleitung zuzuschreiben. Er ist durch die ungenügende Basis der Rohstoffentwicklung hervorgerufen. Die Folgen sind Disproportionen in der Industrie. Vieles ist auch auf die Nichterfüllung der geplanten Investitionen zu setzen. Daß die Arbeiter eines Unternehmens feiern müssen, ist meistens Schuld der Leitungen der Zulieferindustrien. Hier richten die Kompetenzstreitigkeiten zwischen den Ministerien großen Schaden an.

Das System der wirtschaftlichen «Stimulationen» verhindert einen regelmäßigen Ablauf des Produktionsprozesses. Die Zusammenarbeit der verschiedenen miteinander zusammenhängenden Unternehmen klappt nicht, weil der Produktionsplan keine Details enthält. Die Normen für die Rohstoffe werden einseitig herabgesetzt.

Das Schlagwort «Alles für den Plan», dem jedes einzelne Unternehmen innerhalb seines Bereiches hörig ist, hat Erhöhung der Produktionskosten zur Folge, eine schlechte Qualität der Produktion, die große Zahl der Ueberstunden, eine starke Abnützung der Werkzeuge und ein Sinken der Arbeitsproduktivität. Auch die Methoden, mit denen der Plan ausgeführt wird, tun ein übriges dazu. Menschenkraft wird vergeudet, die höheren Instanzen werden getäuscht. Sie

wissen dies. Man rechnet dem erfüllten Plan unfertige Produkte hinzu. In manchen Fabriken werden Teilstücke, die man für die Montage braucht, vom laufenden Band abmontiert.

So haben die Sowjets, die Polen die Methoden ihrer Wirtschaftspläne aufgezwungen haben, den Sozialismus und die Planwirtschaft, die für die Zukunft der Arbeiterbewegung von großer Bedeutung ist, kompromittiert. Die an der polnischen stalinschen Planwirtschaft geübte Kritik hat auch bereits die Russen zum Nachdenken über ihre Planwirtschaft veranlaßt. Aber ihre Projekte zur Reorganisation der Wirtschaft können keine gewünschten Erfolge haben, solange nicht der Mensch in den Mittelpunkt der Wirtschaft gestellt wird. Diesbezüglich muß man Professor Lipinski ganz zustimmen.

Dr. M. Bardach

Die Lüge von den Kollektivverträgen im Sowjetbereich

Der tschechische Gewerkschafter Paul Barton, dessen bisherige Veröffentlichungen sich vorwiegend mit dem durch die kommunistische Diktatur in der Tschechoslowakei geschaffenen Zustand der Unfreiheit und Ausbeutung der Arbeiter dieses Landes beschäftigen, hat sich nun dankenswerterweise der Mühe unterzogen, einem wichtigen sozialpolitischen Aspekt im ganzen kommunistischen Herrschaftsbereich in Europa nachzugehen: den Kollektivverträgen oder was sich hinter diesem Namen verbirgt. In einem nicht umfangreichen, aber mit durch kommunistische Quellen belegten Tatsachen bis an den Rand gefüllten Buch ¹ legt er dar, wie das Schlagwort der Kollektivverträge nur ein Mittel zur noch stärkeren Versklavung der Arbeiter unter dem Kommunismus ist.

In Ländern, in denen eine schlagkräftige Gewerkschaftsbewegung den Arbeitern eine grundlegende Veränderung ihrer Stellung in Arbeit und Gesellschaft brachte, sind Kollektivverträge, auch Tarifverträge und Gesamtarbeitsverträge genannt, ein Instrument des sozialen Fortschritts. Was der einzelne Arbeiter vom Arbeitgeber nicht erreichen konnte, hat der kollektive Wille der organisierten Arbeiterschaft erzielt. So wurde Stück für Stück an lohnpolitischen, arbeitsrechtlichen und sozialpolitischen Errungenschaften erkämpft. Ganz anders war es im kommunistischen Bereich, in dem es keine freien Gewerkschaften geben darf, die in voller Unabhängigkeit die Interessen der arbeitenden Menschen wahrnehmen. So wie *I. Deutscher* vor einigen Jahren in seiner ausgezeichneten Schrift über die

¹ Paul Barton, *Conventions Collectives et Réalités Ouvrières en Europe de l'Est*, Les Éditions ouvrières, Paris 1957, 750 fr. français.